



europa.ch

Das Magazin der Europäischen Bewegung Schweiz | Nr. 2/2022



“

Interview mit Irène Kälin, Nationalratspräsidentin

**«Wir müssen mit unseren
Nachbarn zusammenstehen.
Also bewegen wir uns!»** Seite 6

INHALT

HINTERGRUND

- 3 Die EU stärkt Mindestlöhne und Gewerkschaften
- 4 Die aktuelle Energiekrise als Chance für Reformen?
- 5 Der europäische Eisenbahnraum

INTERVIEW

- 6 Interview mit Irène Kälin

LITERATUR

- 9 EU-Stier bei den Hörnern packen!

BEZIEHUNGEN

SCHWEIZ – EU

- 10 Der Europäische Wirtschaftsraum EWR nach 30 Jahren
- 11 Europäischer Schiffbruch

AKTIVITÄTEN

- 12 Nichts ist einfach nicht genug!

SEKTIONEN

- 13 Zämme in Europa – Sag, wie hast du's mit Europa?

INTERNATIONAL

- 14 Ein europäischer Konvent für eine demokratische und souveräne Union

YOUNG EUROPEAN SWISS

- 15 Eine europäische Perspektive für die Jugend

Dabei sein ist eine Absicherung in die Zukunft

Liebe Leserin, lieber Leser

Man kann die Europäische Union daran messen, was sie ihren Bürger:innen bringt. Und das ist einiges. Man kann das BIP, die Arbeitslosenquote und das Bildungsniveau verschiedener Länder vergleichen und sich über konkrete Fortschritte bei Mindestlöhnen, Datenschutz und nachhaltiger Mobilität freuen.

Oder man kann die Europäische Union daran messen, wofür sie steht. Ein Ort gemeinsamer Zugehörigkeit. Ein politisches

ten Franken in der EU verdient. Man kann sich daran freuen, wie sich das BIP und die Staatsverschuldung entwickelt haben, seit die Schweiz ihr Verhältnis zur EU in umfassenden bilateralen Verträgen regelt. So betrachtet, kann die Schweiz überaus zufrieden sein mit dem Status quo. Wirtschaftlich fährt die Schweiz gut auf ihrem aktuellen Kurs.

Doch es gibt eben auch die andere, eigentlich viel wichtigere Sichtweise: Was bedeu-



© Jos Schmid

Dominik Elser

Vizepräsident der Europäischen Bewegung Schweiz



Konstrukt, das seine Identität aus seinen Institutionen zieht. Die EU ist in erster Linie eine Hoffnung: Verbinden sich die europäischen Länder in gemeinsamen Strukturen, Entscheidungsgremien und Abläufen, so werden sie friedlicher, freier und wohlhabender sein, als wenn alle nur für sich selbst schauen.

Die erste Sichtweise, die ökonomische, steht verständlicherweise im Zentrum. Politik muss einen Nutzen stiften. Sie muss das Leben der Menschen verbessern. Doch diese erste Sichtweise steht nicht für sich, vielmehr ist sie eine Folge der zweiten Sichtweise: dem Leitbild des politischen Gebildes Europa – gemeinsam sind wir stärker.

Auf diese zwei Arten lässt sich auch das Verhältnis der Schweiz zu ihren Nachbarländern und dem grösseren Europa betrachten. Man kann feststellen, dass die EU unser wichtigster Handelspartner ist und dass die Schweizer Wirtschaft jeden zwei-

tet Europa für die Schweiz? Europa ist unsere Heimat. Europa ist der Ort, wo die meisten Menschen die meisten unserer Werte teilen. Europa ist ausserdem der Ort, der über unsere Sicherheit entscheidet. Die europäischen Institutionen sind eine Absicherung in die Zukunft: Länder schliessen sich zusammen, um aktuelle und künftige Probleme gemeinsam zu lösen und vereint für Frieden, Freiheit und Wohlfahrt einzustehen.

Dass die Schweiz auch dreissig Jahre nach dem Nein zum EWR allein dasteht, ist ein grosses Risiko. Es ist ein gefährliches Pokerspiel, das alles auf die Karte setzt: Wenn's brenzlig wird, schützen uns die anderen dann schon.

Dabei sein, gemeinsame Institutionen mittragen und mitprägen, ist ein Wert an sich. Dieser bedeutet, in die eigene Zukunft zu investieren und sich abzusichern. ★

Die EU stärkt Mindestlöhne und Gewerkschaften

von **János Allenbach-Ammann**, Redaktor bei EURACTIV

Mit der Annahme der Mindestlohnrichtlinie versucht die oft als neoliberal wahrgenommene EU einen Schritt in Richtung eines sozialeren Europas.

Ohne grosse Zeremonie setzten die Minister am 4. Oktober 2022 ihren Stempel unter die Mindestlohnrichtlinie der EU. Damit startete für die Mitgliedstaaten die Zwei-jahresfrist, innert welcher sie die Richtlinie umsetzen müssen. Das Europäische Parlament hatte dem Kompromisstext schon im September zugestimmt. Dies, nachdem die französische Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte erfolgreich auf eine Version der Richtlinie hingearbeitet hatte, die sowohl für das Parlament als auch für eine grosse Mehrheit der Mitgliedstaaten akzeptabel war.

Wie jede EU-Richtlinie, stellt auch die Mindestlohnrichtlinie keine Revolution dar. So wird kein EU-weiter Mindestlohn eingeführt, und Mitgliedstaaten ohne gesetzlichen Mindestlohn (Schweden, Dänemark, Finnland, Österreich, Zypern, und Italien) müssen keinen solchen einführen.

Die «Richtlinie über angemessene Mindestlöhne», wie sie offiziell heisst, hält EU-Staaten mit einem gesetzlichen Mindestlohn dazu an, die Mindestlöhne regelmässig auf ihre Angemessenheit zu überprüfen. Als Richtwert für einen angemessenen Mindestlohn nennt die Richtlinie eine Schwelle von 60% des Median-Lohns oder 50% des Durchschnittslohns. Die Mindestlöhne in den meisten EU-Staaten liegen aktuell unter diesen Werten und sollten also in den kommenden Jahren substantiell erhöht werden.

Die 60% und 50% bleiben Richtwerte – erzwingen kann die EU-Kommission sie nicht. Dennoch können die Gewerkschaften mit der Richtlinie, die von Unternehmensverbänden bekämpft wurde, einen Teilsieg verbuchen. Denn die Richtlinie stärkt ihre Rolle innerhalb der Mitgliedstaaten. So müssen sie zum Beispiel einbezogen werden bei der regelmässigen

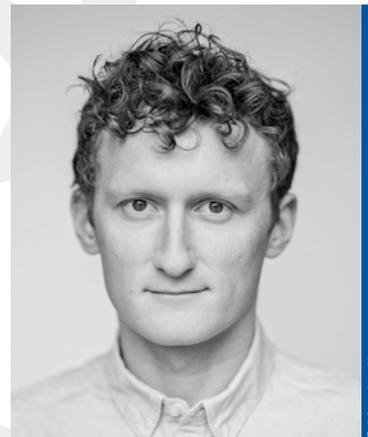
Beurteilung der Frage, ob die Höhe des Mindestlohnes angemessen ist.

Noch wichtiger für die Gewerkschaften ist die Stärkung von Kollektivverhandlungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften. Laut der neuen Richtlinie müssen EU-Staaten nationale Aktionspläne zur Förderung von Tarifverhandlungen definieren, wenn weniger als 80% der Angestellten im Land von einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) profitieren können. Zum Vergleich: In der Schweiz lag die GAV-Abdeckung 2018 bei ca. 50%. Auch viele EU-Staaten liegen wesentlich unter den anvisierten 80% – zum Beispiel Deutschland und die meisten EU-Länder in Zentral- und Osteuropa.

Die 80%-Schwelle wurde auch gewählt, weil sie unterhalb der Abdeckung Schwedens und Dänemarks liegt. Die beiden traditionell sozialdemokratischen Staaten wehrten sich vehement gegen die Mindestlohnrichtlinie, da die Arbeitsbedingungen in diesen Ländern beinahe ausschliesslich zwischen den Sozialpartnern ausgehandelt werden. Jede staatliche oder gar EU-Einmischung wird als Gefahr für das skandinavische Modell gesehen. Die 80%-Schwelle der Richtlinie stellt nun sicher, dass sie praktisch keinen Einfluss auf das gut funktionierende Modell Dänemarks und Schwedens hat.

Neben den Bestimmungen zum Mindestlohn und zur Förderung von Tarifverhandlungen besagt die Richtlinie auch, dass EU-Staaten Arbeitnehmer:innen den effektiven Zugang zu Tarifverhandlungen und Mindestlohnschutz garantieren müssen.

Insgesamt stärkt die Mindestlohnrichtlinie die europäischen Gewerkschaften, während sie den Mitgliedstaaten nach wie vor viel Spielraum bei der konkreten Umsetzung lässt. Nach einem Jahrzehnt, in dem die EU wirtschaftspolitisch vor allem durch eine arbeiter:innen-feindliche Austeritätspolitik auf sich aufmerksam machte, ist das eine willkommene Errungenschaft für die linken Kräfte in der EU. ★



© Maurice Haas

JÁNOS ALLENBACH-AMMANN

ist Wirtschaftsredaktor bei EURACTIV, einem auf EU-Politik fokussierten Online-Magazin in Brüssel. In dieser Rolle verfolgt er die Handels-, Finanz-, und Sozialpolitik der EU und kommentiert sie im wöchentlich erscheinenden «Economy Brief»-Newsletter. Daneben schreibt er gelegentlich für Schweizer Medien, moderiert Podiumsdiskussionen zu EU-politischen Themen und verfasst den Hauptstadt-Bericht, in dem er für ein Schweizer Publikum über aktuelle Entwicklungen in der EU-Politik schreibt.



Die aktuelle Energiekrise als Chance für Reformen?

von **Raphaël Bez**, Generalsekretär, und **Alexis Vrettos**, Mitarbeiter der Europäischen Bewegung Schweiz

Die Europäische Union steht vor vielen grossen Herausforderungen: der Krieg in der Ukraine, die Klimakrise, das Aufkommen euroskeptischer Parteien und ... der Winter. Als Vergeltung für die Sanktionen und die europäische Unterstützung der Ukraine hat Russland seine Gasexporte, von denen Europa abhängig ist, stark reduziert.



Die EU durchläuft unfreiwillig eine Krise nach der anderen. Während sich die Welt langsam von einer zweijährigen Pandemie mit historischen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen erholte, stürzte der russische Angriffskrieg in der Ukraine den Kontinent erneut in Unsicherheit und Instabilität. Der Konflikt erweiterte sich durch die Blockade von Getreideexporten aus der Ukraine schnell zu einer Nahrungsmittelkrise. Und das Regime von Präsident Wladimir Putin hat es verstanden, die Abhängigkeit Europas von russischen Gasexporten für seine Zwecke auszunutzen und provoziert damit eine europäische Energiekrise. Die Folgen sind bereits spürbar und das Szenario einer Knappheit ist erstmals seit der Ölkrise in den 1970er-Jahren wieder in der öffentlichen Debatte präsent!

Um dem entgegenzuwirken, hat die Europäische Kommission vorgeschlagen, einerseits den Stromverbrauch zu senken und andererseits die Energieversorgung zu diversifizieren, indem man sich Lieferanten wie den USA oder Algerien zuwendet und erneuerbare Energien sowie Kernkraft nutzt. Ausserdem will sie den Gaspreis deckeln und die «Übergewinne» der Produzenten von billigem Strom abschöpfen, um sie in Form von Subventionen an Industrie und Verbraucher:innen weiterzugeben. Wir sind also weit entfernt vom Stereotyp einer neoliberalen Union!

Zusammenhalt in Krisen

Die Covid-19-Pandemie hatte unter anderem zur Folge, dass die Mitgliedstaaten gemeinsam Impfstoffe kauften und das Konjunkturprogramm #NextGenerationEU lancierten, das durch gemeinsame Anlei-

hen finanziert wird. Historische Fortschritte!

Jean Monnet, der Gründervater der EU, brachte es auf den Punkt: «Europa wird in Krisen entstehen und es wird die Summe der Lösungen sein, die für diese Krisen gefunden werden.» So sind als Reaktion auf die Energiekrise und die steigende Inflation neue Diskussionen über gemeinsame Gaseinkäufe oder die Schaffung eines zweiten Fonds, der durch gemeinsame Verschuldung finanziert wird, aufgekommen. Die Meinungen dazu sind geteilt, einige Mitgliedstaaten sind dagegen – aber die früher gemeinsam erarbeiteten Antworten sind den Staats- und Regierungschefs im Gedächtnis geblieben.

Die EU – ihre Funktionsweise, ihre Legitimität, ihre Daseinsberechtigung – wird einmal mehr auf eine harte Probe gestellt. Die EU wird solidarisch sein, oder sie wird verschwinden.

Ein «neues» Europa

Vor diesem Hintergrund muss die EU mehr denn je hervorheben, dass sie im Dienst der Bevölkerung steht. Die Folgen des Krieges in der Ukraine, der Inflation, der Energiekrise oder des Klimawandels beeinflussen das tägliche Leben von uns allen. Ursula von der Leyen erinnerte daran, dass «die demokratischen Institutionen das Vertrauen der Menschen ständig gewinnen und wiedergewinnen müssen». Die EU habe keine andere Wahl, als «sich den neuen Herausforderungen zu stellen, die die Geschichte ihr ständig in den Weg legt».

Der Krieg in der Ukraine und der dadurch ausgelöste Epochenwechsel bestätigen, dass die EU sich reformieren muss. Das Europäische Parlament, unterstützt von der Kommissionspräsidentin, tut daher gut daran, die Einberufung eines Europäischen Konvents zu fordern, um die Diskussion über die Zukunft Europas fortzusetzen. Fast zwanzig Jahre nach dem Vertrag von Lissabon ist die Zeit reif für eine «neue» EU. ★

Der europäische Eisenbahnraum

von **Adina Vălean**, EU-Kommissarin für Verkehr

Die Europäische Union stellt sich schon sehr früh die Frage nach der Schaffung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums. Bereits in den 1990er-Jahren beginnt schrittweise die Festlegung gemeinsamer Regeln und Normen, um die Kompatibilität der nationalen Eisenbahnsysteme zu verbessern. Das Ziel: ein effizientes und wettbewerbsfähiges EU-weites System.

Die EU verfügt über eines der dichtesten Schienennetze der Welt. Ursprünglich entwickelte jeder Mitgliedstaat sein eigenes Eisenbahnsystem, da die Bahn wegen hoher Investitionskosten ein natürliches Monopol der einzelnen Länder war. Deshalb ist die Errichtung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraums für die EU keine leichte Aufgabe. Im Juli 1991 konnte immerhin die erste Richtlinie verabschiedet werden, welche die getrennte Buchführung von Infrastruktur- und Bahnbetreibern vorschrieb und damit den Bahnverkehr erstmals für den grenzüberschreitenden Wettbewerb öffnete.

Vier Pakete zur Vereinheitlichung

Seitdem hat die EU vier Pakete verabschiedet, um den Eisenbahnmarkt zu öffnen, die Interoperabilität der nationalen Bahnsysteme zu erhöhen und den Rahmen für einen einheitlichen europäischen Eisenbahnraum festzulegen.

2016 wurde das vierte Paket verabschiedet, das eine «technische Säule» und eine «Säule für Governance und Marktöffnung» umfasst. Ersteres soll die Wettbewerbsfähigkeit des Sektors fördern, indem Kosten und Verwaltungsaufwand für Unternehmen gesenkt werden, die in ganz Europa tätig sein wollen. Es wurden bessere Regeln für die Interoperabilität und die Sicherheitsgenehmigungsverfahren eingeführt, wobei der EU-Eisenbahnagentur eine wichtige Rolle zukommt. Die zweite Säule öffnet den Markt für inländische Personenverkehrsdienste für den gesamten EU-

Wettbewerb und deckt damit mehr als zwei Drittel aller Personenverkehrsdienste ab. Seit Dezember 2020 können EU-Eisenbahnunternehmen europaweit Schienenverkehrsdienste auf kommerzieller Basis anbieten. Dies ist als «offener Wettbewerb» bekannt und hat bereits dazu beigetragen, die Dienstleistungen und Frequenzen zu verbessern und die Preise auf einigen Strecken zu senken.

Transeuropäische Verkehrsnetze

Ein weiteres wichtiges Instrument ist die Politik der transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V), die derzeit überarbeitet wird. Dabei geht es um die Umsetzung und den Ausbau eines europäischen Netzes von Eisenbahnstrecken, Strassen, Binnenwasserstrassen, Seewegen, Häfen, Flughäfen und Eisenbahnterminals. Die Überarbeitung zielt darauf ab, den Marktanteil nachhaltigerer Verkehrsträger, insbesondere der Schiene, zu erhöhen.

Nicht zuletzt ist es auch notwendig, das Netz digitaler zu gestalten. Deshalb besteht die Europäische Kommission darauf, dass das Europäische Eisenbahnverkehrssystem (ERTMS) – das interoperable und sichere europäische Signalsystem, das 21 nationale Systeme ersetzt – bis 2040 auf dem gesamten Netz eingeführt wird. Mit dem Eisenbahnsektor arbeitet die Kommission auch eng am Projekt «Europe's Rail» zusammen. Ziel ist hier die Finanzierung innovativer Projekte in verschiedenen Bereichen wie z. B. ein besseres integriertes Verkehrsmanagement, Signaltechnik mit höherer Kapazität, selbstfahrende Züge, neue Treibstoffe und effiziente Lösungen für Strecken mit geringem Verkehrsaufkommen. Wir müssen die Annahme und den Einsatz innovativer und digitaler Lösungen beschleunigen, damit unsere Bürger:innen bald von besseren Dienstleistungen profitieren können. ★



© Europäische Kommission

ADINA VĂLEAN ist die EU-Kommissarin für Verkehr. Bevor sie am 1. Dezember 2019 ihr Amt bei der von Ursula von der Leyen geleiteten Kommission antrat, war sie zwölf Jahre lang Abgeordnete im Europäischen Parlament. In dieser Funktion war sie Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (Juli bis Dezember 2019), Vorsitzende des Unterausschusses (2017-2019) und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments (2014-2017). Adina Vălean war ausserdem von 2004 bis 2007 Abgeordnete im rumänischen Parlament. Sie hat einen Masterabschluss in Europäischen Integrations- und Sicherheitsstudien und ein Lizenzat in Mathematik.

«Nie habe ich die Europäische Union so sehr als Familie der Solidarität empfunden, wie in diesem schrecklichen Moment.»

Vor dem Hintergrund der Zeitenwende in Europa spricht Irène Kälin mit uns im Interview über den Krieg, ihren Besuch in der Ukraine, die europäische Sozial- und Umweltpolitik sowie über das Europa-Dossier in ihrer Zeit als Nationalratspräsidentin.



© Das Schweizer Parlament

IRÈNE KÄLIN ist studierte Islamwissenschaftlerin und hat ein Masterstudium in Religionskulturen abgeschlossen. Sie lebt im Kanton Aargau, wo sie 2010 für die Grüne Partei in den Grossen Rat gewählt wurde. Von 2012 bis 2014 war sie Vizepräsidentin der Grünen Schweiz. 2017 ist sie für ihren zurückgetretenen Kollegen Jonas Fricker in den Nationalrat nachgerückt. Irène Kälin ist Präsidentin von ArbeitAargau, dem grössten Dachverband der Arbeitnehmenden im Aargau, sowie von Beznau-Verfahren, einem Verein zur Unterstützung von Gegner:innen des Atomkraftwerks Beznau. Sie engagiert sie sich auch für eine Mobilität der Zukunft in der Aargauer Sektion des Verkehrs-Clubs der Schweiz (VCS). Im Jahr 2022 ist Irène Kälin als Nationalratspräsidentin höchste Schweizerin.

Die Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 hat viele Menschen überrascht. Wie haben Sie sich an jenem Morgen gefühlt, als Russland den Angriff auf diesen souveränen europäischen Staat gestartet hat?

Ich war sprachlos, wütend und unendlich traurig. Ich werde diesen Morgen – wie wohl die meisten von uns – nie vergessen. Ich brauchte mehr als einen Tag, um zu begreifen, dass mit diesem brutalen und mit nichts zu rechtfertigenden Angriffskrieg auf die Ukraine der Krieg auf den europäischen Kontinent zurückgekehrt ist. Und dass es ein Angriff ist, der uns alle betrifft, weil er all unsere Werte attackiert und diese nicht nur mit Füßen tritt, sondern mit Waffengewalt aus dem Weg räumt und bombt.

Sie sind im April in die Ukraine gereist. Welche Eindrücke hat dieser Besuch bei Ihnen hinterlassen?

Ich habe das Elend und die Zerstörung des Krieges gesehen. Wir haben die Vororte von Kiew besucht, die besonders brutal von den russischen Aggressionen heimgesucht wurden. Aber ich habe auch den Mut und die Zuversicht der Ukrainerinnen und Ukrainer gespürt, den Willen unsere Werte zu verteidigen und die Ukraine noch demokratischer wieder aufzubauen. Und das, obwohl das Ende des Krieges noch nicht in Sicht ist. Der Mut unserer ukrainischen Schwestern und Brüder ist bewundernswert

und er wird mit jedem schrecklichen Tag dieses Krieges noch bewundernswerter.

Wie beurteilen Sie die Europäische Union (EU) im Kontext dieser Zeitenwende?

Die EU ist zusammengerückt und hat sofort gehandelt. Diese gemeinsame Entschlossenheit hat mich positiv überrascht und auch berührt. Gemeinsame Sanktionen, mitgetragene Solidarität und gemeinsame Werte lassen die EU seit langer Zeit wieder als Einheit erscheinen. Nie habe ich die EU so sehr als Familie der Solidarität empfunden, wie in diesem schrecklichen Moment, in welchem die Sicherheitsarchitektur ganz Europas in Frage gestellt wurde. Es ist eine Zeitenwende und wir alle bleiben gefordert, diesen neuen Zusammenhalt weiter zu kitten – auch wir als Schweiz, z. B. durch Beiträge an den Wiederaufbauprozess oder durch aktive Unterstützung der Ukraine mit humanitärer Hilfe.

Nicht nur vor dem Hintergrund des Kriegs: Umweltschutz und Sozialpolitik stehen weit oben auf der Prioritätenliste der Europäischen Kommission. Was sagen Sie als Mitglied der Grünen Partei zu den jüngsten Entscheidungen der EU zum Umweltschutz und zur Sozialpolitik?

Es ist richtig, dass die EU sowohl in ihrer Umwelt- als auch in ihrer Sozialpolitik ambitionierte Ziele verfolgt, wie etwa beim



Irène Kälin beim Besuch des Europäischen Parlaments in Brüssel, zusammen mit der Parlamentspräsidentin Roberta Metsola (rechts) und Ständeratspräsident Thomas Hefti (links)

Green Deal oder bei der Mindestlohnrichtlinie. Denn wirksamer Klimaschutz und Armutsbekämpfung schliessen sich nicht aus, im Gegenteil. Haushalte mit geringem Einkommen tragen weniger dazu bei, dass sich das Klima erhitzt – zugleich belasten sie die Auswirkungen aber stärker. Klimaschutz hilft deshalb den Armen, wenn er richtig ausgestaltet ist. Das gilt für die Schweiz genauso wie für die EU: Umwelt- und Klimaschutz muss sozialverträglich sein. Und irgendwie tun wir uns alle damit schwer, das zu begreifen und entsprechend umzusetzen. Dabei ist es doch vollkommen klar, dass die Coiffeuse – deren Gehalt niedrig ist – nicht mit dem Auto zur Arbeit fährt, weil sie gerne autofährt, sondern weil sie nicht anders kann. Wir sind in der Schweiz genauso gefordert wie die EU und wir sollten gemeinsam einen sozialverträglichen Klimaschutz vorantreiben, statt mit dem Finger aufeinander zu zeigen.

Wie erklären Sie sich, dass die EU immer noch als rein wirtschaftliches oder sogar «neoliberales» Projekt wahrgenommen wird?

Die EU ist auch ein wirtschaftliches Projekt und aus Schweizer Perspektive war unser oberstes Interesse ja immer der Zugang zum Binnenmarkt. Und dabei ist mehr und mehr in Vergessenheit geraten, dass die EU weitaus mehr ist als ein rein wirtschaft-

licher Zusammenschluss. Doch gerade jetzt in diesen Zeiten von Krisen und Krieg wird das für uns alle sichtbar und spürbar. Sie ist eine Wertegemeinschaft, zu der wir selbstverständlich auch gehören. Und sie ist solidarisch, wenn es beispielsweise um die Verteilung von Impfdosen oder um die drohende Energieknappheit geht, die uns alle betrifft.

Sie haben auch die Präsidentin des Europäischen Parlaments besucht. Inwiefern hat Sie das Europa-Dossier während Ihrer Präsidentschaft begleitet?

Die EU war noch nie so wichtig, wie in diesen Zeiten von Mehrfachkrisen (u.a. Klima, Covid-19-Pandemie, Energie) und Krieg. Und gleichzeitig tut sich die Regierung meines Landes mit dem Europa-Dossier schwer. Dies gilt umso mehr, als sie die Verhandlungen über das Rahmenabkommen abgebrochen hat. Dabei wissen wir doch, dass wir im Herzen von Europa nicht ohne die EU können. Es bräuchte von beiden Seiten einen Schritt aufeinander zu. Aber stattdessen gibt es von Seiten des Bundesrates alten Wein in neuen Schläuchen. Ich bedauere sehr, dass unsere Forschungszusammenarbeit mit der EU blockiert ist und sie den Preis dafür zahlen muss. Das macht mir Sorgen. Denn wir müssen einen Weg finden. Zusammen. Dazu gibt es keine Alternative.

“

«Man kann aus einer Sackgasse in der Regel nur rückwärts raus oder wenden. Aber [...] mit Bagger und Kran können wir die Sackgasse durchgängig machen.»



Irène Kälin bei einem offiziellen Besuch in der Ukraine im April 2022

“

«Es ist ein Angriffskrieg, der all unsere Werte attackiert und diese nicht nur mit Füßen tritt, sondern mit Waffengewalt aus dem Weg räumt.»

Am 6. Dezember dieses Jahres ist es 30 Jahre her, dass die Schweizerinnen und Schweizer den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt haben. Welche Bedeutung hat dieses Datum für Sie?

Auch wenn ich damals noch ein Kind war, respektiere ich den Willen der Schweizerinnen und Schweizer, die dazumal ein Nein in die Urne gelegt haben. Die Frage ist nicht, ob wir das Volksnein zum EWR heute als Fehler betrachten oder nicht, sondern, wie wir einen Weg finden können, um mit der EU in die Zukunft zu gehen: wirtschaftlich, freundschaftlich, aber vor allem, um die gemeinsamen Werte der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte zu stärken.

Welche Lehren ziehen Sie aus diesen 30 Jahren europäischer Politik? Sehen Sie einen Weg aus der Sackgasse, in der wir uns seit dem 26. Mai 2021 befinden?

Man kann aus einer Sackgasse in der Regel nur rückwärts raus oder wenden. Nun gilt es mit der EU einen Weg zu finden, der es uns ermöglicht, voranzukommen. Die Themen, die es zu diskutieren gibt, sind noch immer dieselben wie am 26. Mai und in all den Jahren davor. Mit Bagger und Kran – also politischem Willen, Pragmatismus und Kreativität – können wir die Sackgasse durchgängig machen. Und wenn die EU von der anderen Seite her auch zu baggern beginnen würde, dann bin ich überzeugt,

dass wir zueinander durchdringen würden. Denn wir sind Nachbarn und haben jahrelang in Freundschaft zusammengelebt und zusammengearbeitet.

Was mich wirklich beunruhigt ist, dass weder der Bundesrat noch die zuständige Europäische Kommission bereit zu sein scheinen, die Bagger auffahren zu lassen. Von einem starken Europa profitieren wir alle. Wenn zwei sich streiten, dann freut sich nämlich der Dritte. Daran können weder die Schweiz noch die Mitglieder der EU ein Interesse haben. Und dort, wo unsere Beziehungen und Verträge bereits erodieren oder zur politischen Geisel genommen wurden – wie die Forschungszusammenarbeit im EU-Programm «Horizon Europe» – schneiden wir uns auch nur ins eigene Fleisch. Denn die Probleme unserer Zeit werden wir nur gemeinsam lösen und dabei darauf zu verzichten, dass die besten Forscherinnen und Forscher zusammenarbeiten, wäre absurd.

Welche Botschaft möchten Sie unseren Leserinnen und Lesern, die sich um die europäische Zukunft der Schweiz sorgen, abschliessend mitgeben?

Ich Sorge mich auch. Europa und seine Werte schienen mir noch nie so wichtig und noch nie so in Gefahr wie in diesen Zeiten. Ich habe die Umfrage [Anm. d. Red.: in Auftrag gegeben und veröffentlicht von SRF am 22. September 2022] gesehen, die besagt, dass die jungen Menschen in der Schweiz kein Interesse an der EU haben. Vor 20 Jahren war ich sogar noch aktiv für einen EU-Beitritt. Das ist heute kein Thema mehr. Dennoch sind wir mitten in Europa, umgeben von Nachbarn, die Mitglieder der EU und des EWR sind. Wir sind auf gute und geregelte Beziehungen zu ihnen angewiesen. Und ja, Bagger machen Dreck und es wird uns etwas kosten. Aber ich bin überzeugt, dass der Preis, in der Sackgasse zu verharren, weitaus schmerzlicher und grösser sein wird, als eine Einigung mit der EU über unsere gemeinsame Zukunft zu finden. Wir kennen die möglichen Varianten, mit denen wir unsere Beziehungen zur EU sichern und ausbauen können, und damit der Schweiz eine europäische Zukunft ermöglichen: institutionelles Abkommen, EWR oder Beitritt. Lasst uns ohne Angst darüber debattieren und diese Grundsatzdiskussion wieder aufleben lassen. Wir leben in unsicheren Zeiten. Es herrscht Krieg. Wir müssen zusammenstehen. Und ich bin zuversichtlich, dass wir es können. Also bewegen wir uns! ★

EU-Stier bei den Hörnern packen!

von **Martin Gollmer**, Autor

Die Idee, ein Buch über die EU und einen Beitritt der Schweiz zu ihr zu schreiben, entstand in der Endphase der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über ein institutionelles Rahmenabkommen. Diese Endphase war gekennzeichnet durch ein bizarres Gezerre zwischen der Schweiz und der EU sowie unter schweizerischen Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsorganisationen. Die EU beharrte auch in Nachverhandlungen auf weitreichenden Konzessionen der Schweiz. Hierzulande zerbrach die grosse europapolitische Mitte-Links-Koalition von Parteien und Verbänden, die den Bilateralismus mit der EU ermöglicht hatte. Der Bundesrat sah sich deshalb im Mai 2021 veranlasst, die Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen ergebnislos abzubrechen. Der europapolitische Königsweg, zu dem der Bilateralismus geworden war, schien damit abrupt an seinem Ende angelangt zu sein. In der Phase nach dem Verhandlungsabbruch überboten sich Parteien, Verbände und europapolitische Interessengruppen gegenseitig mit Vorschlägen, wie es mit der Schweiz und der EU weitergehen sollte. Grundtenor: Am Bilateralismus sollte festgehalten werden. Eine grundlegende Diskussion über Alternativen setzte nicht ein. So brachte denn auch niemand den Beitritt der Schweiz zur EU ins Spiel. Der Bundesrat tat dies ebenso wenig, als er im Februar 2022 entschied, den bilateralen Weg mit einem dritten Paket von Verträgen fortsetzen zu wollen.

Das ist erstaunlich, denn die bilateralen Verträge mit der EU haben nicht nur Vorteile für die Schweiz. Insbesondere muss sie auch bei einer Fortsetzung dieses Wegs EU-Recht übernehmen, bei dessen Erlass sie nicht mitentscheiden kann. Mehr noch: Die Übernahme von EU-Recht soll in Zukunft dynamisch und nicht mehr auf dem Verhandlungsweg erfolgen, wie die EU-Kommission inzwischen klar gemacht hat. Und auch am Mitwirken des Europäischen Gerichtshofs bei der Streitschlichtung hält die Kommission fest. Damit wird deutlich: Der institutionelle Preis, den die Schweiz für eine Fortsetzung des bilateralen Wegs mit der EU zahlen muss, bleibt hoch.

Darum wird im Buch postuliert, die Schweiz sollte den Stier bei den Hörnern packen und der EU beitreten. Dann erhielte sie ein Mitentscheidungsrecht beim Erlass von EU-Recht, das sie aufgrund ihrer engen Verflechtung mit der EU schon seit längerem ohnehin autonom oder aufgrund der bilateralen Verträge übernimmt. Die Schweiz könnte in allen EU-Organen Einsitz nehmen sowie voll und gleichberechtigt mit anderen europäischen Staaten an der zukünftigen Gestaltung Europas mitwirken. Ein EU-Beitritt wäre deshalb für die Schweiz gegenüber dem Bilateralismus mit einem Souveränitätsgewinn verbunden. Und mit einem Beitritt wäre die Schweiz nicht mehr nur eine eigenbrötlerische Trittbrettfahrerin, die von der EU-Friedens- und Prosperitätsdividende profitiert. Wenn ein EU-Beitritt der Schweiz beim Stimmvolk Erfolg haben will, muss dieses die EU gut kennen. Deshalb wird im Buch auch die heutige EU porträtiert. Dabei kommen nicht nur deren Misserfolge und Schwächen zur Sprache, wie das in der Schweiz häufig geschieht. Dargestellt werden ebenfalls die Erfolge und Stärken der EU, die es auch gibt und die heute so selbstverständlich sind, dass sie von den Medien und in Diskussionen kaum mehr erwähnt werden. Diese Erfolge und Stärken machen die EU unentbehrlich. Joschka Fischer, der ehemalige deutsche Aussenminister und Politiker der Grünen, sagte: «Wenn es die EU nicht gäbe, dann müsste man sie erfinden.»★



Martin Gollmer: Plädoyer für die EU. Warum es sie braucht und die Schweiz ihr beitreten sollte (NZZ Libro, Basel, 2022, ca. 200 Seiten)

Das Buch beschreibt in Teil 1 Misserfolge und Schwächen der EU (Brexit, Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn, Flüchtlingspolitik, Staatsverschuldung) sowie deren Erfolge und Stärken (Friedenssicherung, Binnenmarkt, Euro, Reisefreiheit). Gezeigt wird, dass die EU für Menschen und Unternehmen Vorteile hat. Teil 2 plädiert für den EU-Beitritt der Schweiz. Sie könnte dann in der EU mitentscheiden und müsste nicht nur nachvollziehen.



© Martin Gollmer

MARTIN GOLLMER hat nach dem Studium der Ökonomie und der Publizistik in St. Gallen und Zürich fast sein ganzes Berufsleben lang als Journalist gearbeitet – etwa für das St. Galler Tagblatt, den Tages-Anzeiger und die Finanz und Wirtschaft. 1989–1995 war er für den Tages-Anzeiger als EU-Korrespondent in Brüssel tätig. 1999–2002 leitete er das Euro Info Center Schweiz (EICS) beim Osec Business Network Switzerland. Das EICS gehörte zu einem von der EU-Kommission organisierten Informations- und Beratungsnetzwerk, das KMU bei ihren Aktivitäten in der EU unterstützte. Heute arbeitet Gollmer als freier Journalist.

Der Europäische Wirtschaftsraum EWR nach 30 Jahren

von **Georges Baur**, Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut



© Liechtenstein-Institut

GEORGES BAUR ist derzeit als Forschungsbeauftragter am Liechtenstein-Institut tätig. 2019 war er Visiting Fellow am Centre for European Legal Studies der Universität Cambridge. Von 2012 bis 2018 arbeitete er als Assistant Secretary-General der EFTA in Brüssel. Er war dort u.a. für die Verwaltung und das praktische Funktionieren der Rechtsübernahme im EWR, den Rechtsdienst sowie die Parlamentarier- und Sozialpartnerkomitees verantwortlich. Zudem war er für weitere Drittstaatsangelegenheiten sowie den Brexit zuständig. Zuvor war er Stellvertretender Chef der Mission des Fürstentums Liechtenstein bei der EU, ebenfalls in Brüssel. Von 2000 bis 2003 war Georges Baur Berater der Regierung des Fürstentums Liechtenstein in Finanzplatzangelegenheiten. Zwischen 1989 und 2000 war er in Liechtenstein als Jurist in einer Bank sowie in einer Anwaltskanzlei tätig. Georges Baur hat an der Universität Zürich sein Doktorat erworben und besitzt die Zulassung als Anwalt in der Schweiz. Er hat zu verschiedenen Themen des Europarechts sowie zum liechtensteinischen Recht publiziert.

Am 6. Dezember 1992 war die Schweiz das einzige Land der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA), das dem damals neuen «Europäischen Wirtschaftsraum» nicht beiträt. Was ist dreissig Jahre später aus diesem Abkommen geworden, das damals von einigen als «Trainingslager» bis zum Beitritt zur Europäischen Union betrachtet wurde?

Seit seinem Inkrafttreten am 1. Januar 1994 funktioniert der Europäische Wirtschaftsraum EWR über all die Jahre zur Zufriedenheit der heute 30 EWR-Staaten sowie der EU-Institutionen. Dies zeigt auch, dass die EU im EWR gegenüber anderen beitriffähigen, aber nicht beitriffwilligen Staaten die Grundsätze verwirklicht sieht, die sie für eine Teilnahme am Binnenmarkt von Nicht-EU-Mitgliedstaaten verlangt.

Die Rechtsübernahme erfolgt dynamisch – manchmal schneller, manchmal weniger schnell, weil z.B. inhaltliche (Unionsbürgerrichtlinie) oder strukturelle (Europäische Finanzdienstleistungsaufsichtsbehörden) Anpassungen notwendig sind. Da das EWR-Abkommen in erster Linie ein Abkommen zugunsten von Bürger:innen und Unternehmen ist, können sich diese auch in Island, Liechtenstein und Norwegen z.B. gegen Zumutungen der eigenen Behörden wehren. Dafür sorgen eine Aufsichtsbehörde und ein Gerichtshof der drei EWR/EFTA-Staaten. Bei der Auslegung von EWR-Recht, also der übernommenen EU-Rechtsakte, orientiert sich letzterer an der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), so wie dieser seiner Rechtsprechung gegebenenfalls früher ergangene Entscheidungen des EFTA-Gerichtshofs zugrunde legt. Der EFTA-Gerichtshof berücksichtigt aber durchaus auch die Besonderheiten des EWR, beispielsweise, dass er keine Zollunion ist.

Der EFTA-Gerichtshof, wie auf der EU-Seite der EuGH, entscheidet Streitfälle, an denen Bürger:innen, Unternehmen, staatliche Behörden oder auch die Überwachungsbehörde selbst beteiligt sind. Dies führt wiederum zu einer weitgehend übereinstimmenden Praxis der beiden Gerichte. In der Folge kommt es äusserst selten zu Differenzen zwischen den EFTA-Staaten und der EU-Seite. Diese wurden bisher alle im Gemeinsamen EWR-Ausschuss (Joint Committee) beigelegt. Zu einem Streitlichtungsverfahren ist es zwischen den Vertragsparteien daher noch nie gekommen.

Wie sehen die drei EWR/EFTA-Staaten den EWR? Island hat zwar 2009 einen EU-Beitrittsantrag gestellt, diesen aber 2015 wieder zurückgezogen. Liechtenstein hat durch den EWR-Beitritt an Souveränität gewonnen. Gegen Ende der 1980er-Jahre drohte Liechtenstein durch sein Vertragsverhältnis mit der Schweiz – bis dahin durchaus selbst gewollt – zu einem Kanton ohne Rechte zu werden. Im Vergleich dazu teilt das Land heute in Binnenmarktangelegenheiten seine Souveränität mit 29 anderen, zum Teil wesentlich grösseren europäischen Staaten. Die Zustimmung zur EWR-Mitgliedschaft ist in Liechtenstein von 55,8% (1992) auf ca. 75% (2020) gestiegen. Schaut man sich schliesslich Norwegen an, so ist der EWR derzeit geradezu als staatlicher Kompromiss anzuschauen: Die norwegische Bevölkerung hat 1972 und 1994 einen EU-Beitritt abgelehnt. Gleichzeitig bestehen die Regierungen der letzten Jahrzehnte zumeist aus Koalitionen, bei welchen die führende Grosspartei, also die Arbeiterpartei oder die Konservativen, für einen EU-Beitritt ist, ihre jeweiligen kleineren Koalitionspartner aber zumeist nicht. Deshalb ist der EWR in der norwegischen Politik, kurz gesagt, nicht verhandelbar, da er das innenpolitische Gleichgewicht zwischen den aussenpolitischen Positionen garantiert. ★

Europäischer Schiffbruch

von **François Cherix**, Analyst und Schriftsteller, ehemaliger Co-Präsident der Nebs

Zur allgemeinen Überraschung beschloss der Bundesrat am 26. Mai 2021, das lange ausgehandelte Rahmenabkommen mit der EU zu beerdigen. Dieser einseitige Verhandlungsabbruch war unschweizerisch. Gutschweizerisch wäre es gewesen, einen Kompromiss zu erzielen und damit den Vertrag in trockene Tücher zu bringen. Heute ist klar, dass dieser Entscheid ein historischer Fehler war. Er hat keines der bestehenden Probleme gelöst, sondern hat sie verschärft und zusätzliche Schwierigkeiten geschaffen.

Die ersten Leidtragenden waren Studierende, Forschende, Schulen und Universitäten, die von den europäischen Programmen ausgeschlossen wurden. Als nächstes traf es Medtech-Unternehmen, da die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) nicht aufdatiert wurde. In immer mehr Bereichen verschlechtert sich der Zugang zum europäischen Markt. Neben der Erosion der bilateralen Abkommen führt das Scheitern des Rahmenabkommens zu einer Marginalisierung der Schweiz.

Die europäische Krise der Schweiz ist nicht nur struktureller, sondern auch kultureller Art. Während in allen Gesellschaftsschichten der Souveränitätsgedanke um sich griff, hat das Wissen über die EU, ihre Politik und ihre Funktionsweise stetig abgenommen. Dreissig Jahre nach dem Nein zum EWR hat die Schweiz ihre Orientierung verloren. Verwirrt, gespalten und von Vorurteilen geblendet, scheint sie nicht mehr in der Lage zu sein, eine rationale Europa-Debatte zu führen.

Dieser Schiffbruch ist umso schlimmer, als dass die Ukraine von einem imperialistischen Russland angegriffen wurde, das davon träumt, die europäischen Werte zu zerstören. Vor diesem tragischen Hintergrund ist die Passivität der Schweiz nicht länger tragbar. Die Beerdigung des Rahmenabkommens war schon ein Fehler – die Unfähigkeit, ihn insbesondere vor dem Hintergrund des Kriegs wiedergutzumachen, entbehrt jeder Würde. Die Sanktionen gegen Russland genügen nicht: Die Schweiz muss aus ihrer Isolation heraustreten, um ihre Interessen zu wahren – und um ihre

Solidarität mit einer EU zu bekräftigen, die unsere gemeinsamen Werte wie Frieden und Demokratie schützt.

Am 26. Mai 2021 hat das Schweizer Schiff mit einer Kanone in seinen eigenen Rumpf geschossen. Bei Untätigkeit ist der Untergang vorprogrammiert. Es ist also dringend notwendig, sich der EU anzunähern und den Weg der Integration wieder aufzunehmen. Ein Beitritt ist heute leider undenkbar, obwohl er für eine Schweiz im Herzen Europas die beste Lösung bleibt. Einen neuen, vorteilhafteren Wundervertrag zu erfinden, scheint unmöglich. Am einfachsten wäre es daher, der Bundesrat würde das abgelehnte Abkommen mit einigen geschichtswahrenden Präzisierungen wieder aus der Schublade holen. In unmittelbarer Zukunft scheint diese Rückkehr zur Weisheit jedoch schwierig – zu heftig ist das Rahmenabkommen allgemein schlechtgeredet worden. Nicht zuletzt bleibt der EWR, der wiederbelebt und einen mehrheitsfähigen Kompromiss bieten könnte.

Das Wichtigste ist, aus der Verdrängungslogik auszubrechen und eine Debatte ohne Tabus zu eröffnen. Ein weiteres Jahrzehnt auf dem Rücken der Jugend und der treibenden Kräfte des Landes zu verträdeln, ist unvorstellbar. Wenn das Boot schwankt und zu sinken droht, muss man das Ruder in die Hand nehmen und den Kurs ändern. ★



© François Cherix

FRANÇOIS CHERIX ist Analyst, spezialisiert auf Strategie und politische Kommunikation. 2000 gründete er in Lausanne das Beratungsbüro *Paradoxes*, das für die Überwindung dogmatischer Positionen plädiert. Als Mitglied der SP Schweiz setzt sich Cherix für eine offene, humanistische und reformorientierte Linke ein. Er war Mitglied der verfassunggebenden Versammlung im Kanton Waadt und des Waadtländer Grossen Rates. Als überzeugter Europäer kämpft Cherix gegen Nationalismus und Populismus. Er war an der Gründung der damaligen Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (Nebs) beteiligt, die er mitpräsierte. Heute begleitet er den Verein als Ehrenmitglied. Er hat zahlreiche Bücher und Artikel veröffentlicht.



Mit der Beerdigung des Rahmenabkommens hat der Bundesrat die Glaubwürdigkeit der Schweiz geschmälert und einen Teil ihrer Freiheit aufgegeben. Diese Freiheit, das ist Wilhelm Tell! Indem sie sich verkriecht, verleugnete die Schweiz ihren berühmtesten Verfechter eines freien und verantwortungsbewussten Humanismus. Dieses Buch ist Tells Grabrede, die sich zum erstaunlichen Abenteuer entwickelt. Als Vorläufer der

europäischen Werte nimmt unser Armbrustschütze seinen Dienst wieder auf, um die in Angst und Mittelmässigkeit gefangene Schweiz zu befreien.

François Cherix: Eloge funèbre de Guillaume Tell (Coll. Le Banquet, Ed. de l'Aire, Vevey, 2022, 160 Seiten) [nur auf französisch]

Nichts ist einfach nicht genug!

von **Janina Aeberhard**, Stv. Generalsekretärin der Europäischen Bewegung Schweiz



© Europäische Bewegung Schweiz



© Europäische Bewegung Schweiz



© GABRIEL DESIGN



© Europäische Bewegung Schweiz

Nichts. Leere. Das ist das, was in der Europapolitik aktuell geschieht. Während die Blockade anhält, ist die Europäische Bewegung aber alles andere als untätig. Wir haben Events organisiert, waren in Brüssel, haben Podcasts aufgenommen, eine Petition lanciert und führen eine Studie durch – und wir haben noch viel mehr vor!

Das Nichts in der Europapolitik muss endlich ein Ende haben. Wir wollen nicht mehr warten. Es muss endlich vorwärtsgehen. Durch unterschiedliche Aktivitäten und verschiedene Formate wollen wir das Thema Europa vermehrt auf die politische Agenda und vor allem auch näher an die Schweizer:innen bringen. Wir müssen uns rückbesinnen auf das grosse Ganze, anstatt uns ständig um die immer gleichen Detailfragen im Kreis zu drehen.

Brüssel-Reise

Es gibt viele Wege, um das Bewusstsein für Europa – für unsere enge Verflechtung mit Europa als Land im Herzen des Kontinents – zu stärken. Besonders gut geht das, indem man Europa erlebt. Auf der Brüssel-Reise im September haben wir genau dies getan: Mit einer Gruppe von knapp 20 Personen haben wir die Europäischen Institutionen besucht und spannende Gespräche geführt, unter anderem bei Business Europe, dem europäischen Arbeitgeberverband, und dem Europäischen Gewerkschaftsbund. Nicht selten meinte jemand aus der Gruppe: «Ah, so habe ich das noch nie betrachtet.»

Europatour

Auch mit unserer traditionellen Europatour wollen wir Europa näher an die Menschen bringen und verdeutlichen, dass wir uns nicht nur mit technischen Details unserer Beziehungen zur EU befassen müssen, sondern dass unsere Verflechtungen mit Europa sehr vielseitig und belebend sind. Zwischen September und Anfang Novem-

ber hat die Europatour dazu in verschiedenen Regionen der Schweiz Halt gemacht. Es ging um Fragen wie: «Wie sprechen wir über Europa?», «Wo fühlen wir uns zugehörig?», «Welchen Einfluss haben die aktuellen Veränderungen in Europa auf die Sicherheits- oder Versorgungspolitik?».

Europatagung

Den Höhepunkt fand die Europatour in der grossen Europatagung in Bern. Mit rund 100 Gästen und namhaften Persönlichkeiten wie Prof. Martin Selmayr, Laura de Weck, Luzi Bernet, I.E. Kateřina Fialková oder S.E. Petros Mavromichalis haben wir über die aktuellen Veränderungen und Herausforderungen in Europa sowie über 30 Jahre Schweizer Europapolitik diskutiert. Neben einem spannenden inhaltlichen Programm kam auch das leibliche Wohl nicht zur kurz. Bei einem reichhaltigen Mittagbüffet und einem abschliessenden Apéro wurden die Gespräche über Europa und die Schweiz weitergeführt.

Petition

Daneben war es aber auch an der Zeit, einmal klar und deutlich zu sagen: Das Nichtstun gefährdet die Beziehungen Schweiz-EU massiv. Das ist unverantwortlich, wir brauchen jetzt Klarheit! Mit einer Petition haben wir dies zum Ausdruck gebracht und den Bundesrat aufgefordert, dem Parlament endlich den lang versprochenen Europabericht vorzulegen und an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Zudem braucht es einen Bundesbeschluss, in dem das aktuelle Legislaturziel Nr. 12 bekräftigt und neue Aufträge erteilt werden. Der Bundesrat wird mit dem Bundesbeschluss verpflichtet, bei der EU um die umgehenden Verhandlungsaufnahme zu ersuchen. Prioritär soll er dabei die volle Assoziierung an die essentiellen EU-Programme und die Integration der Schweiz in den Energiebinnenmarkt anstreben. Aber natürlich muss auch klar sein, dass man die institutionellen Fragen endlich vereinbaren will. Es muss nun endlich vorwärts gehen! ★



Zämme in Europa – Sag, wie hast du's mit Europa?

von **Sarah Wyss**, Nationalrätin SP/BS und Präsidentin der Sektion Basel der Europäischen Bewegung

Gute und stabile Beziehungen mit der Europäischen Union und unseren Nachbarländern sind für die Schweiz von zentraler Bedeutung. Doch diese Erfolgsgeschichte ist akut gefährdet. Seit dem Abbruch der Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen im Mai 2021 bröckelt sie regelrecht: Ausgelaufenes Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) im Bereich Medizinprodukte, Ausschluss aus Horizon Europe etc. Leidtragende sind die Gesellschaft, die Wirtschaft – wir alle. Gerade die Nordwestschweiz bekommt dies besonders stark zu spüren.

Es braucht neue Impulse!

Die Schweizer Europapolitik ist seit Jahren blockiert. Parteien und Verbände haben keine Rezepte und der Bundesrat bleibt ohne Plan B. Die anhaltende Blockade droht die Errungenschaften und erreichten Freiheiten in den Beziehungen zu unseren Nachbarn nachhaltig zu schädigen.

Als Sektion Basel sind wir überzeugt, dass wir neue Ideen aus der Gesellschaft und aus den Kantonen benötigen. Deshalb haben wir im Frühjahr 2022 Gespräche mit verschiedenen Gruppierungen aufgenommen und uns mit der Frage beschäftigt, was wir auf kantonaler Ebene zur Lösung der Blockade beitragen können. Zugegeben der Handlungsspielraum der Kantone bleibt beschränkt – Aussenpolitik ist im Grundsatz eine Angelegenheit des Bundes. Aber Nichtstun und den Kopf in den Sand stecken war für uns einfach keine Option!

Baselland und Basel-Stadt: Wir müssen reden

Die Stakeholdergespräche zeigten deutlich, dass es auch in der Nordwestschweiz an einer konstruktiven Diskussion über die Beziehungen zu unseren europäischen Nachbarn mangelt. Ideologisch geführte Debatten vernebeln den Wert guter und stabiler Beziehungen und verhindern damit deren nachhaltige Weiterentwicklung. Und genau hier setzen die kantonalen Volksinitiativen in Baselland und Basel-Stadt an. Denn gibt es in der Schweiz ein geeigneteres Instrument als eine Volksinitiative, um ein Thema auf das politische Parkett zu bringen?

Deshalb haben wir in den vergangenen Monaten mit Hochdruck je eine Verfassungsinitiative für die Kantone Baselland und Basel-Stadt erarbeitet, die am 15. Oktober lanciert wurden. Sie fordern mit gleichem Wortlaut, dass sich die Kantone Baselland und Basel-Stadt für gute und stabile Beziehungen der Schweiz mit der Europäischen Union und den Nachbarländern einsetzen. Die Unterstützung für die Volksinitiativen ist in beiden Kantonen politisch wie zivilgesellschaftlich breit abgestützt, was unserer Sektion immer ein grosses Anliegen war – denn «zämme in Europa» bedeutet auch, dass wir uns über Organisations- und Parteigrenzen hinaus für stabile und gute Beziehungen einsetzen müssen. ★



© Sarah Wyss

Mehr Informationen zu den beiden Volksinitiativen unter www.zaemme-in-europa.ch



Zämme in Europa

Ein europäischer Konvent für eine demokratische und souveräne Union

von **Sandro Gozi**, Europaabgeordneter und Präsident der Union Europäischer Föderalisten



© Sandro Gozi

SANDRO GOZI wurde 2019 in das Europäische Parlament gewählt und gehört der Fraktion «Renew Europe» an. Er ist Mitglied des Ausschusses für konstitutionelle Fragen sowie des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Zudem ist er Präsident der Union Europäischer Föderalisten (UEF), Vorsitzender der Spinelli-Gruppe und Generalsekretär der Europäischen Demokratischen Partei (EDP). Als ehemaliger italienischer Staatssekretär für europäische Angelegenheiten (2014–2018) wurde er 2019 zum Berater des damaligen französischen Premierministers Edouard Philippe ernannt.

Der Krieg in der Ukraine und die COVID-19-Pandemie haben den Ruf nach Reformen laut werden lassen, um die EU widerstandsfähiger zu machen und besser auf grosse Herausforderungen vorzubereiten. In dieser historisch beispiellosen Phase war das Europäische Parlament der wichtigste Treiber für die Forderung nach einer umfassenden Reform der Union.

Mit dem nachdrücklichen Einsatz für die Einberufung der «Konferenz über die Zukunft Europas» trugen die Mitglieder des Parlaments dazu bei, die Bürger:innen unmittelbar in die Formulierung der Reformvorschläge einzubeziehen, um die Union souveräner und demokratischer zu machen.

Das Europäische Parlament hat die gemeinsam mit den Bürger:innen eingegangene Verpflichtung erfüllt und die formulierten Vorschläge weiterverfolgt. Bereits im Juni 2022 hat das Parlament eine Resolution unterstützt, welche die EU-Regierungen auffordert, einen Konvent zur Überarbeitung der Verträge einzuberufen. Obwohl für die Aufnahme des Vertragsänderungsprozesses nur eine einfache Mehrheit der Mitgliedstaaten erforderlich ist, ist der Europäische Rat dieser Aufforderung bisher nicht nachgekommen. Angesichts der anhaltenden und neuen Krisen sowie der sich abzeichnenden transnationalen Herausforderungen, kann eine Reform der Unionsverträge nicht länger aufgeschoben werden.

Insbesondere die Reform der Abstimmungsmodalitäten im Rat zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der Union, samt Übergang von der Einstimmigkeit zur qualifizierten Mehrheit, erscheint unausweichlich und dringend. Die Reform sollte mit den bestehenden EU-Rechtsnormen vereinbar sein und die Entscheidungsprozesse demokratischer, flexibler und transparenter

machen – auch um der Bedeutung des Parlaments gegenüber den Bürger:innen gerecht zu werden. Dass das Europäische Parlament – das einzige vom Volk gewählte EU-Organ – keine direkte gesetzgebende Entscheidungsbefugnis hat, ist für demokratische Staaten eine Anomalie. Eine Vertragsänderung sollte deshalb die heutige Asymmetrie zwischen dem Parlament, dem Europäischen Rat und dem Rat der EU sowie der Kommission aufgreifen und dem Parlament das Initiativrecht in der Gesetzgebung einräumen.

Zudem sollte die Einführung transnationaler Wahllisten Bestandteil der Reform sein. Ein grundlegendes Problem der Europawahlen ist, dass sie nicht europäisch, sondern die Summe von 27 nationalen Wahlkämpfen sind. Die Demokratie ist jedoch kein Gemeingut, das von den Mitgliedstaaten monopolisiert werden kann; ihre Beschränkung auf nationale Grenzen muss ein Ende haben. Indem sie den europäischen politischen Parteien erlauben, sich um Sitze in einem unionsweiten Wahlkreis zu bewerben, könnten transnationale Listen auch der Ernennung des Kommissionspräsidenten durch das Verfahren mit sogenannten Spitzenkandidat:innen mehr Glaubwürdigkeit verleihen.

Nur als souveräne und demokratische Macht wird die EU die Kontrolle zurückgewinnen und die nötige Stärke erlangen, um die geopolitischen und transnationalen Schwierigkeiten zu meistern. Diese erfordern eine zukunftsorientierte Überarbeitung der EU-Verträge, die nicht länger warten kann. ★

Eine europäische Perspektive für die Jugend

von **Cécile Kessler**, ehemalige Präsidentin der young european swiss | yes



© Cécile Kessler

«Beitritt? Nein danke! – Junge zeigen EU die kalte Schulter»: So titelte das Schweizer Radio und Fernsehen einen Artikel von September 2022 über die zunehmende Entfremdung der 18- bis 34-Jährigen von einem möglichen EU-Beitritt der Schweiz. Nach drei Jahren als Präsidentin der young european swiss | yes und zahlreichen Gesprächen mit jungen Schweizer:innen kann ich festhalten: Die junge Generation ist deutlich offener gegenüber Europa und der Europäischen Union, als es die mediale Berichterstattung wiedergibt. Was sie braucht, ist eine Vision für die Rolle der Schweiz in Europa.

Wir sprechen von einer Generation, die mit den europäischen Errungenschaften und Freiheiten aufgewachsen ist und diese als selbstverständlich wahrnimmt. Sie ist jedoch auch mit einem Narrativ aufgewachsen, welches die Europäische Union als selbstherrliches Bürokratiemonster, gar als Gegenspielerin der Schweiz darstellt. Mit einem Beitritt verliere die Schweiz ihre Souveränität, ihren Wohlstand und ihre Handlungsfähigkeit, so der Tenor. In den letzten dreissig Jahren rutschte die Option des EU-

Beitritts für diese Generation in die Schublade der politischen Wunschträume.

Was in dieser Debatte fehlt(e), ist die konstruktive Auseinandersetzung mit der Rolle der Schweiz in Europa. Geografisch im Herzen Europas, umgeben von EU- und EWR-Staaten, wirtschaftlich bedeutend, ist die Schweiz bereits heute eines der am stärksten in die Europäische Union integrierten Länder. Die aktuellen Verträge mit der Europäischen Union erlauben der Schweiz allerdings kein respektive nur ein beschränktes Mitspracherecht. Doch gerade für die junge Generation ist es besonders wichtig, auf europäischer Ebene mitbestimmen zu können. Dringende und hochrelevante Themen wie die Bekämpfung des Klimawandels, die Sicherung des Friedens in Europa oder die Energieversorgung können nur gemeinsam mit anderen Staaten und Gemeinschaften gelöst werden. Auch in den für die junge Generation besonders relevanten Bereichen wie Cybersicherheit, Datenschutz und Privatsphäre, Migration, Forschung oder Entwicklungszusammenarbeit ist eine gut funktionierende europäische Gemeinschaft nötig. Ein Beitritt der Schweiz würde nicht nur deren Mitentscheiden ermöglichen, sondern auch, dass die Schweiz den internationalen Standards – zum Beispiel beim Demokratieverständnis oder beim Umweltschutz – ihren Stempel aufdrücken kann. Es ist Zeit, dass die Schweiz eine aktive Rolle auf europäischer Ebene einnimmt, die politischen Entwicklungen mitgestaltet und ihrer Verantwortung gerecht wird.

Angesichts der zunehmend erodierenden bilateralen Verträge muss der EU-Beitritt wieder als ernsthafte Option diskutiert werden. Dies würde eine Debatte darüber erlauben, wie die Schweiz und insbesondere die junge Generation ihre Zukunft in Europa gestalten will. Wir müssen den jungen Schweizer:innen die Bedeutung der Schweizer Beteiligung am europäischen Projekt näherbringen – so, wie es an der berühmten Fassade an der Rue de la Loi in Brüssel steht: «The Future is Europe». ★



Herausgeberin

Europäische Bewegung Schweiz

Redaktion

Janina Aeberhard, Raphaël Bez, Seraina Graf und Alexis Vrettos
Magazin europa.ch, Europäische Bewegung Schweiz, Postfach, 3000 Bern 22, + 41 31 302 35 36, magazin@europa.ch

Autor:innen

Janina Aeberhard, János Allenbach-Amman, Georges Baur, Raphaël Bez, François Cherix, Dominik Elser, Martin Gollmer, Sandro Gozi, Cécile Kessler, Adina Vălean, Alexis Vrettos, Sarah Wyss

Übersetzung und Lektorat

Janina Aeberhard, Raphaël Bez, Seraina Graf, Toni Koller, Pierre Alain Seiler, Alexis Vrettos

Konzept

Nicolas Peter

Druck

Stämpfli Kommunikation AG, Bern

Auflage

2600 auf Deutsch, 1600 auf Französisch

Titelseite

Keystone/Alessandro della Valle (Foto)

Postkonto und IBAN

30-9024-9 | CH14 0900 0000 3000 9024 9. Sind Sie daran interessiert, in einer der nächsten Ausgaben des Magazins europa.ch zu inserieren, wenden Sie sich bitte ans Sekretariat unter magazin@europa.ch.



Werde Mitglied der yes!

Alle Infos sind auf unserer

Webseite: www.y-e-s.ch



Eyla vereint höchsten Komfort und Eleganz – als Drehstuhl für den hochwertigen Arbeitsplatz oder als Konferenzstuhl für den repräsentativen Besprechungsraum. Design: Burkhard Vogtherr und Jonathan Prestwich.
www.girsberger.com/eyla

